

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

13.10.1921 (No. 239)

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur E. A. M. e. n. d. Druck- und Verlags: G. Braunische Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M. 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe um Gebühr frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von gangweiser Beirteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Schul- u. Rathhäuser als Versammlungsorte.

Es erscheint angebracht, darauf hinzuweisen, daß das Ministerium des Innern bereits durch Kundmachung vom 22. August d. J. die Bezirksamter und die Bürgermeister angewiesen hat, die der Gemeinde gehörigen Schul- und Rathhäuser überall, wofelbst wegen Mangel an geeigneten Lokalen ein Bedürfnis hierzu besteht, den politischen Parteien zu ihren Versammlungen und Besprechungen, soweit dies möglich ist, zur Verfügung zu stellen.

Auch ist auf Ansuchen das sogen. Ausschließen von politischen Versammlungen überall und ausnahmslos da zu gestatten, wo schon bisher der Brauch bestand, nichtamtliche Angelegenheiten durch Ausschließen bekannt zu geben.

Zum Bürgermeister in Söllingen

Am 1. Durlach, hat das Ministerium des Innern, nachdem in drei Wahlgängen eine gültige Wahl nicht zustande gekommen war, den bisherigen Gemeinderat Maurer und Landwirt Karl Wüchert W e n g ernannt.

Die Genfer Entscheidung.

Der Wortlaut der Entscheidung, die der Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage gefällt hat, liegt noch nicht vor. Zimmerlin steht heute bereits fest, daß nach dieser Entscheidung das oberschlesische Industriegebiet zwischen Deutschland und Polen aufgeteilt wird, und zwar in einer Weise, die auch dann für das deutsche Wirtschaftsleben außerordentlich ungünstig ist, wenn man anerkennt, daß der Völkerbundsrat eine ganze Reihe von Übergangsbestimmungen getroffen hat, die auf die augenblickliche schwierige Lage Deutschlands Rücksicht nehmen.

Die Tatsache, daß der Völkerbundsrat sich mit seiner Entscheidung in einen diametralen Gegensatz zu dem Ergebnis der Abstimmung setzt und die wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine Belassung des ungeteilten Industriebezirks bei Deutschland gebieterisch fordern, einfach ignoriert, wird dem Ansehen des Völkerbundes, das schon an und für sich auf sehr wackeligen Füßen steht, den letzten Stoß verfehen müssen.

Leider hat sich die Entente und damit auch England, das allein in der ganzen Frage eine der Vernunft u. Gerechtigkeit entsprechende Haltung einnahm, von vornherein der Entscheidung des Völkerbundsrats gegenüber die Hände gebunden. Und man kann es verstehen, daß die englische Regierung u. die englische öffentliche Meinung über den Ausgang der Sache verstimmt ist. Gewiß besteht an sich noch immer die Möglichkeit, daß die Entente unter dem Druck Englands und unter dem Zwang der Einsicht, daß die Entscheidung Deutschland in ein neues Chaos stürzen kann, die Entscheidung lediglich als eine Anregung betrachtet und nach neuen Grundrissen umändert.

Aber es wäre töricht, auf diese Möglichkeit irgend welche bestimmten Hoffnungen zu setzen. Denn Frankreich hat sich Polen gegenüber offenbar bereits so stark verpflichtet, daß es selbst dann nicht für den englischen Standpunkt eintreten kann, wenn es innerlich davon überzeugt sein sollte, daß die Entscheidung in der Tat auch im Hinblick auf die französischen Interessen wirtschaftlicher Art eine Dummheit ist. Im übrigen würde natürlich eine durch den Obersten Rat der Alliierten vollzogene Abänderung der Entscheidung ein Desavoué des Völkerbundsrats bedeuten, das für diese ganze Institution geradezu ruinos wäre.

Daß Deutschland die in Genf getroffene Entscheidung nicht anerkennen kann, weil sie eine der ersten Voraussetzungen für die Erfüllung des Londoner Ultimatus vernichtet, liegt auf der Hand. Es wird sich nun fragen, inwieweit die Entente gewillt ist, dem gänzlich neuen Zustand, der durch die Genfer Entscheidung geschaffen wurde, gerecht zu werden. Dem Grundzug der Entwicklung der letzten Monate würde es entsprechen, wenn die Entente unter Berücksichtigung dieses neuen Zustands an eine neue Erörterung der Frage Betanträge, wie und in welchen besonderen Formen nunmehr die Reparation zu zahlen ist. Wie aus London gemeldet wird, hat gestern bereits unter dem Vorsitz von Lloyd George eine Kabinettsitzung stattgefunden, in der Vorschläge zur Änderung der Form

der deutschen Wiedergutmachungszahlungen besprochen wurden. Aufgabe aller besonnenen Staatsmänner der Welt müßte es jedenfalls sein, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die Deutschland bezw. dem deutschen Wirtschaftsleben einen ausreichenden Ersatz für den ungeheuren Schaden, den es durch die Genfer Entscheidung erleidet, darbietet.

Was nun die Rückwirkung der Entscheidung des Völkerbundsrats auf die Politik der Reichsregierung anlangt, so möchten wir dringend empfehlen, diese Angelegenheit mit der allergrößten Ruhe zu behandeln. Es ist denen, die hinter die Kulissen des politischen Kampfes zu blicken vermögen, in den letzten Tagen peinlich aufgefallen, daß alle reaktionär gesinnten Elemente mit einem Eifer die Notwendigkeit eines Rücktritts des Kabinetts Wirth propagieren, der geradezu aufdringlich anmutet und die Auffassung hervorrufen muß, daß diese Kreise aus sehr parteipolitischen und egoistischen Gründen den Rücktritt Wirths gar nicht schnell genug vollzogen sehen können, und daß ihnen aus diesem Motiv heraus die Entscheidung von Genf gar nicht einmal so sehr unangenehm ist, eben weil sie nunmehr Aussicht haben, den Reichskanzler loszuwerden.

Wir glauben, daß die Rechnung der Reaktion wohl nicht ganz stimmen wird. Denn selbst, wenn das Kabinett Wirth zurücktreten sollte, könnte es sich hier lediglich um einen Personenaustausch handeln; ein neues Kabinett müßte also ganz im Geiste des vorigen gebildet werden! Wird solches schon durch die innerpolitischen Verhältnisse geboten, so noch mehr durch die außenpolitischen. Gaben Völkerbund und Entente sogar einem Kabinett Wirth, das ihnen durchaus genehm ist, keine bessere Entscheidung, als die von Genf, präferieren können, so werden sie einem anders orientierten Kabinett, das ihnen weniger genehm ist, u. ihr Vertrauen weniger besitzt, mit noch ganz anderen Akten der Verstädnislosigkeit aufwarten.

Das ist eben das Verhängnisvolle und Schwierige unserer ganzen Lage, daß wir uns mit Geduld bemühen müssen, die Entente, die teilweise noch gefühlsmäßig und auf Grund ganz bestimmter Abmachungen in einem uns abträglichen Sinne gebunden ist, nach und nach Schritt für Schritt, davon zu überzeugen, daß diese ihre Einstellung falsch und unberechtigt ist, daß es im Interesse der ganzen Welt liegt, wenn sie sich auf der ganzen Linie zu besserer Vernunft und besserer Einsicht befehrt. Daß das Kabinett Wirth durchaus geeignet ist, diese Arbeit zu vollbringen, kann von niemanden bestritten werden.

Noch darf man nicht außer Acht lassen, daß dieses Kabinett überhaupt erst seit ein paar Monaten am Ruder ist, und daß die Schwierigkeiten, mit denen es zu kämpfen hatte und noch hat, ganz ungeheuer sind. Als ein Erfolg des Kabinetts ist die Entscheidung von Genf gewiß nicht zu bezeichnen. Aber wer gerecht ist, sollte zugeben, daß nach Lage der Dinge keine Möglichkeit bestanden hat, einen solchen Erfolg zu erzielen. „Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!“ Andererseits ist aber das Kabinett Wirth bisher das einzige gewesen, das unser Kapital an Vertrauen, das so arg zusammengebrochen war, ganz bedeutend vermehrt und der Atmosphäre wachsender Einsicht einen neuen, erfrischenden Luftstrom zugeführt hat. Grundsätzlich ist jedenfalls festzuhalten, daß auch die Entscheidung von Genf, die eine Torheit und eine Vergeßlichkeit darstellt, nichts an der Tatsache zu ändern vermag, daß das Kabinett Wirth nach Maßgabe der nun einmal gegebenen Verhältnisse noch immer das beste ist, das wir uns wünschen können. Unmögliches von diesem Kabinett zu verlangen, wäre unbillig. Und wenn der Völkerbund sich bei seiner Entscheidung nicht nur den Einflüssen politischer Unvernunft, sondern auch den Regungen gefühlsmäßiger Abneigung gegen Deutschland hingegen hat, so ist es ja wahrlich nicht das Kabinett Wirth, das diese Abneigung hervorgerufen hat; sondern es sind die Fehler viel früherer Regierungen, die diese Abneigung verschuldet haben.

Politische Neuigkeiten.

Die Mitteilung des Völkerbundssekretariats.

Das Völkerbundssekretariat gab gestern abend folgende Mitteilung aus, in der die für die Lösung der oberschlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, ohne daß allerdings über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden:

„Der Völkerbundsrat hat seine Arbeiten über die Festsetzung der Grenze in Oberschlesien beendet. Ein Kurier, der heute abend nach Paris abgeht, wird Herrn Briand, amtierenden Präsidenten des Obersten Rates die Antwort des Völkerbundsrats auf die Einladung überbringen, die er am 12. August an den Rat richtete mit dem Ersuchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des oberschlesischen Problems Beistand zu leisten.“

Bei der Prüfung dieses Problems mußte auf Grund der Bestimmung des Vertrages der Völkerbundsrat sowohl die in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Bevölkerung wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage des Landes in Betracht ziehen.

Die erste Schwierigkeit ergab sich dadurch, daß die Bewohner, welche für Deutschland gestimmt hatten, und die Bewohner, die für Polen gestimmt haben, eng miteinander vermischt leben. Das Verhältnis ist zwar veränderlich, aber stets beträchtlich in den betreffenden Teilen des Gebietes, sowohl in geographischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es war unmöglich, eine Grenze ausfindig zu machen, die nicht eine gewisse Anzahl von Personen, die für Deutschland gestimmt hatten, in polnischem Gebiet beließ und ebenso eine Anzahl von Personen, die für Polen gestimmt hatte, in deutsches Gebiet eingeschlossen hätte. Dem Rat blieb nichts anderes übrig, als den Versuch zu unternehmen, diesen Fall auf ein Minimum zu reduzieren. Das konnte dadurch geschehen, daß man die Grenzführung so genau wie möglich den Ergebnissen der Volksabstimmung anpaßte.

Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch Gebiete zerschnitten, die industriell eng voneinander abhängen. Die Auffüllung einer neuen Grenze in einem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben politischen und industriellen Bedingungen entwickelt hatte, müßte auf beiden Seiten der Grenze die verhängnisvollsten Folgen haben. Das wäre auch sicher der Fall gewesen, wenn die Grenze der Errichtung einer neuen Volkserwerbs, den Anlauf deutschen Geldes, das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung mit sich gebracht hätte. Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnten unmöglich nur durch leichte Abänderung einer einzig auf Grund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder der anderen Nationalität ein zweifelloses, wenn auch nicht überlegendes Übergewicht gesichert hätte. Selbst wenn man nun diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht auf Grund der Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze aufs engste miteinander verknüpfte Wirtschaftsgruppen zerschnitten haben. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber:

Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerschneidet, würde die Hoffnung und Wünsche von nicht etwa kleinen Mehrheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten in sehr wichtigen Gebieten vernichtet haben. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnung und Wünsche nicht nur zugelassen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Schwierige Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre nach dem Friedensschluß hinzogen und eine große Bevölkerung in angstvoller Ungewißheit über ihr politisches Schicksal ließen, hatte diese Schwierigkeiten noch beträchtlich vermehrt.

Mit der Prüfung des Problems beauftragte der Rat daher zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Staatsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Frankreichs, Chinas und Spaniens. Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuss davon, daß die Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem man einfach eine Grenzlinie aufstellt, entweder ausschließlich auf Grund der Volksabstimmung, oder auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen, oder infolge eines Ausgleiches zwischen beiden Methoden. Hätte man ohne eine andere Bestimmung die Grenze nach einer dieser Methoden aufgestellt, so wäre man zu verhängnisvollen Ergebnissen gelangt. Infolgedessen beschloß der Völkerbundsrat nach gründlichem Studium, eine neue Grenzlinie zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Verletzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen geboten werden, wobei diese Periode lang genug währen müsse, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen.

Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute wurden damit beauftragt, die gleichfalls notwendigen Wirtschaftsbestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehörten den technischen Organisationen des Völkerbundes an und unterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität als auch die Politik der Behörden betrifft, von denen sie ernannt wurden. Sie wurden von den vier Staatsmitgliedern aufgefordert, die allgemeinen Maßnahmen zu untersuchen, welche die Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der Übergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken könnten. Die Projekte, in denen die betreffenden wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, jenen verschiedenen lange Perioden, in gewissen Fällen für 15 Jahre eine Reihe von Vereinbarungen vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf eine unparteiische und gerechte Regelung der Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für zahlreiche Erzeugnisse, wie Kohle und Zink, die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Ge-

bieten. Der Rat schlug gleichzeitig mit der Annahme dieser Projekte Garantien für die politischen Minderheiten vor, der hierin eine wesentliche Ergänzung einer politischen Grenzführung enthält. Nur auf diese Weise war es möglich, den politischen Wünschen der Einwohner die größte Befriedigung zu gewähren, und ihnen gleichzeitig den Fortbestand des wirtschaftlichen Wohlergehens ihres Landes zu sichern.

Der „Temps“ glaubt lt. „B. Pr.“ den endgültigen Vorschlag des Völkerbunds für die Grenze in Oberschlesien mitteilen zu können. Die Linie scheint jetzt in folgender Weise gezogen zu sein:

1. Polen erhält die beiden südlichen Distrikte Pleß und Rybnik.
2. der Industriebezirk wird zwischen den beiden Völkern aufgeteilt. Deutschland behält die beiden westlichen Kreise Gleiwitz und Hindenburg, sowie Reuthen-Stadt, Polen erhält Reuthen-Stadt, Kattowitz-Stadt und Land. Von den beiden Kreisen im Osten Oberschlesiens, Larnowitz und Lublinitz, fallen im Osten Teile Polen, im Westen Teile Deutschland zu.
3. Deutschland behält ferner die übrigen Kreise im Nordwesten und in der Mitte, nämlich Rosenberg, Kreuzburg, Oppeln, Groß-Strelitz, Cosel, Ober-Olgau, Ratibor und Leobschütz.

Eine Regierungserklärung über Oberschlesien.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß sich der Völkerbundrat in Genf, soweit sich aus unumwundenen Meldungen entnehmen lasse, über das ober-schlesische Gebiet in einer Weise entschieden hat, welche weder der durch die Abstimmung klar zu Tage getretenen Willensstimmung der ober-schlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht.

Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Völkerbundsamtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellt dies als die Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Die Demarche der deutschen Botschafter bei den alliierten Regierungen.

Dem Reichskabinett lagen in seiner gestrigen Sitzung Berichte aus Paris u. London vor über die Schritte, die Botschafter Dr. Mayer bei Briand und Botschafter Schamer bei Lloyd Curzon in der ober-schlesischen Frage unternommen haben. In ihren Unterredungen mit den genannten Staatsmännern haben die beiden Botschafter nochmals den Standpunkt der Reichsregierung bezüglich der Anteilbarkeit des ober-schlesischen Industriegebietes vertreten und auf das Abstimmungsresultat hingewiesen, das für diesen Bezirk eine überwiegende deutsche Mehrheit gebracht hat. Außerdem haben die Botschafter auch auf die innen- und außenpolitischen Möglichkeiten aufmerksam gemacht, die für Deutschland bei einer ungerechten Lösung der ober-schlesischen Frage entstehen könnten.

Hayas meldet aus Paris vom 12.: Der deutsche Botschafter hat gestern morgen Briand einen Besuch abgestattet. Obwohl eine gewisse Zurückhaltung hinsichtlich dieses Schrittes beobachtet wurde, glaubt man doch annehmen zu dürfen, daß er im Zusammenhang mit der nahe bevorstehenden Entscheidung über die ober-schlesische Frage steht. Der deutsche Botschafter soll bei dem französischen Ministerpräsidenten einen letzten Versuch gemacht haben, um die Schwierigkeiten darzulegen, die für Deutschland im Falle einer ungünstigen Lösung entstehen würden. Eine derartige Lösung würde nicht nur schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, sondern würde infolge des Sturzes des Kabinetts Wirth hervorgerufen.

Hayas bemerkt dazu: Es ist unzweifelhaft, daß dieser allerletzte Versuch ohne Wirkung sein wird, denn die alliierten Regierungen haben entschieden, die Trennung anzunehmen, die der Völkerbundrat empfohlen wird. Es ist wahrscheinlich, daß der Völkerbundrat heute seine Entscheidung den Alliierten übermitteln wird. Diese werden die Entscheidung noch einige Tage lang geheim halten, um der interalliierten Kommission zu ermöglichen, alle zweckdienlichen Maßnahmen vor der Bekanntmachung der Grenze zu ergreifen. Es ist unwahrscheinlich,

daß vor Beginn der nächsten Woche die Hauptmächte, die im Obersten Rat vertreten sind, die Entscheidung Polen und Deutschland durch Vermittelung von Briand, der als Präsident der letzten interalliierten Konferenz fungierte, bekanntgeben werden.

Die „Times“ berichtet, daß der deutsche Botschafter bei seinem gestrigen Besuch bei Lord Curzon dem Wünsche der deutschen Regierung Ausdruck gegeben habe, die ober-schlesische Frage in einer Weise gelöst zu sehen, die den Forderungen Deutschlands gerecht werde und auf die Befriedigung der Regierung Wirth hingewiesen habe. Der „Times“ zufolge soll die Aufnahme Curzons bei Lloyd George etwas kühl gewesen sein.

Unbegründete Rücktrittsgerüchte.

DZ. Karlsruhe, 12. Okt. Die Gerüchte, wonach das Kabinett Wirth aus Anlaß der Entwicklung in der ober-schlesischen Frage zurücktreten würde, sind, wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, durchaus unbegründet.

Die Kredithilfe der Industrie unmöglich?

Einige Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind beim Reichskanzler gewesen, um sich mit ihm über die Kreditaktion zu unterhalten. Sie erklärten, Industrie, Landwirtschaft und Handel seien fest entschlossen, angesichts der Nachrichten über die Beschlüsse des Völkerbundsrates die größte Zurückhaltung zu üben. Nach dem etwaigen Verlust von Oberschlesien oder nach der Teilung des Industriegebietes könne die deutsche Volkswirtschaft nach Meinung maßgebender Industriekreise nicht mehr die Kraft besitzen, Leistungen zu vollbringen, wie sie mit dem Abschluß des Kreditabkommens verbunden sein würden. Das Abkommen dürfe also nur abgeschlossen werden, wenn Deutschland Oberschlesien behalte, denn die Industrie und mit ihr Handel und Landwirtschaft dächten nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie von vornherein wüßten, daß sie nicht erfüllt werden könnten.

Badische Uebersicht.

Ein deutschnationaler Spitzenkandidat.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Bad. Beobachter“ folgendes:

Die Deutschnationalen sind in der Aufstellung der Kandidaten sehr uneinsig und daher tippig. Für den 3. badischen Wahlkreis (Freiburg) stellten sie Herrn Professor Dr. Mayer in Neustadt als Spitzenkandidaten auf. In der „Freib. Ztg.“ war von ihm als dem „besten früheren Zentrumsführer“ die Rede. Wir haben diese stark tendenziöse Behauptung bereits auf den wirklichen Tatbestand reduziert. Die „Freiburger Tagespost“, die den Dingen im Oberland etwas näher steht, stellte nun fest, daß man nicht gut von dem „früheren Zentrumsführer“ sprechen könne. Dazu wird ihr nun noch folgendes mitgeteilt:

Die Ausführungen in der „Freiburger Tagespost“ zur Charakteristik des „früheren Zentrumsführers“ Professor Mayer können durch dessen frühere politische Betätigung in Neustadt (Schwarzwaldbad) nur bestätigt werden. Der Herr Professor erweckte sich stets für ein Bündnis mit der Sozialdemokratie. Er erklärte sich als den Lobpreis des Zentrumsführers „Walter“, weil Wader dieses Bündnis mit der Sozialdemokratie nicht gemacht hat. Auch in Neustadt hat Herr Professor Dr. Mayer in der (Zentrums-)Partei nie eine führende Rolle gespielt, er hat auch niemals der Parteileitung angehört, schon deswegen nicht, weil gleich nach seiner Berufung von Überlingen nach Neustadt die hiesige Zentrumspartei vor Mayers Radikalismus parteiamtlich gewarnt wurde. Warum Herr Professor Mayer später zu den Deutschnationalen überging, ist ein Kapitel wieder für sich, mit dem wir uns vielleicht noch beschäftigen werden.

Mit solchen schwankenden Gestalten wollen die Deutschnationalen Geschäfte machen! Nun ja, ein Sammelbecken darf nicht so heilig sein. Da kann man dem Zentrum die Koalition in der Regierung mit der Sozialdemokratie unter der heutigen Zwangslage vorwerfen und dann einen Spitzenkandidaten aufstellen, der unter dem monarchischen Regime ein bestes Zentrum übel nahm, daß es sich nicht mit der Sozialdemokratie verbündete. Die deutschnationale Partei ist durch diese Feststellung ganz peinlich kompromittiert.

Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts.

Von Dr. Max Fischer, Frankfurt a. M.

(Schluß).

Einflussreicher als Dreyfus ist aber in der Lehrwelt Karl Lamprecht geworden durch seinen eifertvoll zugespitzten Kampf gegen die „alte Richtung“ in der Geschichtswissenschaft. Lamprecht baut seine historische Lehre bewußt auf dem Darwinismus, und zwar speziell auf einer seiner allerbedeutendsten Folgerungen, dem sog. „Biogenetischen Grundgesetz“ Gaedekels auf. Wie angeblich jedes Embryo in nuce die ganze anatomische und physiologische Abstammungsgeschichte repräsentiert, so soll nach Lamprechts Lehre auch jeder Mensch in der Geistesentwicklung seiner Kindheit und Jugend die psychischen Stufen der völkischen Entwicklung wiederholen. Somit werden die Stadien der Einzelpsychik der Volkpsychik unterworfen und das historische Leben in großer Weise schematisiert und verzwängt.

Es fehlt also heute noch durchaus an schon brauchbaren wissenschaftlichen Ergebnissen der soziologischen Geschichtsbetrachtung, und die Übernahme eines der vielen soziologischen Lehrsysteme in den Schulunterricht würde den Begriffsrealismus einer rationalistischen Dogmatik geben, statt der, gerade der jungen Menschen besonders segensreichen, demütigen Ehrfurcht vor den tiefen Geheimnissen geschichtlichen Lebens. Wohl könnte eine Geschichtsauffassung, die auf der grundsätzlichen Begründung von Lamprecht und Dreyfus weiterbaut, ohne deren Irrlehren zu übernehmen, die Wandlungen aller geschichtlichen Gebiete auf die Ursache schöpferischer feinstofflicher Veränderungen zurückzuführen. Das Aufstehen neuer Seelenkräfte aber müssen wir als undurchdringbares Phänomen hinnehmen, das wir weder in der Vergangenheit begründen noch etwa gar für die Zukunft prophezeien können. So vermag Geschichtswissenschaft nicht die letzte Ursächlichkeit allen historischen Geschehens zu durchschauen; stärker noch als jeder andere Unterricht muß der Geschichtsunterricht das Gefühl erwecken, daß wissenschaftliches Erkennen seine Grenzen hat, daß die Schöpfung Dimensionen hat, für welche die Fassungskraft des menschlichen Intellekts nicht ausreicht.

Wenn Klawer auch diesen Deduktion nicht grundsätzlich zustimmt, so scheint er doch instinktiv die von uns vorgebrach-

ten Bedenken gegen die Übernahme angeblicher soziologischer Forschungsergebnisse zu fühlen, denn die Beispiele praktisch soziologischer Einzelbetrachtung stehen mehr im Vordergrund seines Interesses, als die Frage nach der theoretischen Grundlegung. Hier gibt er z. T. recht brauchbare Beispiele, wie geisteswissenschaftliche Erscheinungen dem Bewußtsein der Jugend verdeutlicht werden können. Er zeigt in ansprechender Weise, wie man etwa das Erleben der organisierten Arbeit, die Differenzierung der Arbeit, den Einfluß der Arbeit auf die Lebensgestaltung der Schüler anschaulich vor Augen stellen kann. Aber das sind ja im Grunde mehr ökonomische und staatsbürgerliche, als spezifisch historische Probleme.

Eine andere, wirklich fruchtbare Anregung Klawers besteht in einem Hinweis auf die Fruchtbarmachung didaktischer Werke für die soziologische Betrachtung. Auch das sind freilich Fingerzeige, aus denen der Geschichtsunterricht mehr wird schöpfen können, als gerade der Geschichtsunterricht.

Die Schwäche der Klawerschen Position beruht aber in erster Linie darauf, daß er das Zentralproblem einer Erneuerung des Geschichtsunterrichts völlig außer acht gelassen hat. Wer den Geschichtsunterricht umwandeln will, sollte zunächst nicht die Frage der Methode, sondern des Lehrstoffes in grundsätzlicher Erwägung ziehen. Denn die heute herrschende Auffassung, daß so ziemlich alles einmal Geschehene geschichtliches Interesse beanspruche, ist das stumpfsinnigste Vorurteil eines durchaus historisch gebildeten Zeitalters und bedeutet besonders für die Jugend die Überfütterung mit antiquiertem Ballast.

Wie überhaupt eine grundsätzliche Schulreform damit einsehen müßte, dem Wahn ein Ende zu machen, daß Bildung in einer enghörigen Anhäufung von Wissensstoff bestehe, so gilt es vor allem im Geschichtsunterricht die Jugend von dem Wahn einer Materialüberhäufung zu befreien, die jede unmittelbare Einstellung im Reime zu ersticken droht.

Was aber soll denn der Stoff des Geschichtsunterrichtes sein, inwieweit kann Geschichte nicht belastendes, sondern förderndes Element in der Bildung und Erziehung des jungen Menschen werden? Wir glauben: nur insofern, als sie ihm für die Gegenwart fruchtbare Kraftquellen vermittelt. Alle ihrem Wesen nach vergänglichere Dinge historischen Lebens haben höchstens für den Forscher der wirklichen lebendigen Interesse; auf der Schule sind sie von Überflus. Der Geschichtsunterricht vermittelt dem jungen Menschen das Unvergänglichere der Geschichte, das, was in dem Lernenden selbst leben zu werden vermag.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren.

Bis auf weiteres ist Annahme von Frachttüdgut nach Eufurt, sowie von Frachttüdgütern, die daselbst umgeladen werden müssen, verboten. Ausgenommen von Sperrung sind nur Lebensmittel.

Nach dem Rheinland und dem Industriegebiet besteht Sperrung für sämtliche Frachttüdgüter, die in Rast-Nord und Köln-Gereon umgeladen werden müssen. Ausgenommen von Sperrung sind lediglich Befahrungsgüter sowie Lebensmittel ausschließlich Bier und Wein.

Wegen Überfüllung ist bis auf weiteres die Annahme von Frachttüdgütern nach Hamburg Hbf. B. Hamburg Hbf. H. Hamburg-Barmbeck, Hamburg-Sternschanze u. Altona verboten, Ausgenommen von der Sperrung sind Fische, Kartoffeln, Kohlen, Kots, Weizen, Milch, frisches Obst, Umzugsgut, leere Möbelwagen, Wasserumschlagtüter, ferner Güter für Anschlußbestände des Bahnhofs Altona.

Deutsche Reichsbahn.

Mit Wirkung vom 1. November 1921 wird der Abfertigungsdienst auf dem Haltepunkt Unterlengsfeld aufgehoben.

Vom gleichen Zeitpunkt ab werden im Verkehr von dem Haltepunkt Bahrlarfen für Personen und Hunde in Begleitung von Reisenden im Zuge verkauft. Die in Unterlengsfeld ausgegebene Milch wird während des Zugaufenthalts in Lengsfeld nachträglich abgefertigt. Im Verkehr nach dem Haltepunkt wird nur noch die Abfertigung von Personen und Hunden in Begleitung von Reisenden zugelassen. Die übrigen Abfertigungsbefugnisse werden aufgehoben.

DZ. Mannheim, 12. Okt. Eine peinliche Verwechslung. Dem „Tagblatt“ wird aus Leitheiler gemeldet: Ein eigenartiges Vorkommnis spielte sich bei der Beeridigung des Mährischen Arbeiters Otto Matthaues von hier ab, eines Opfers der Oppauer Katastrophe. Eine Frau aus der Gegend von Oppau erkannte in dem Geblöten ihren Mann, ließ ihn nach Hause holen und bestatten. Am Abend des Begräbnistages kam ihr richtiger Mann wieder hell und gesund heim. Die Leiche wurde ausgegraben und als der Obgenannte festgestellt und bestattet.

DZ. Ettlingen, 13. Okt. Erzbischof Dr. Frits sprach gestern nachmittags nach Arbeitschluss im Speisesaal der Spinnerei und Weberei vor der versammelten Arbeiterschaft.

DZ. Freiburg, 12. Okt. Die sozialdemokratische Partei Freiburg hat in einer gut besuchten Versammlung zur ober-schlesischen Frage eine Entscheidung gefaßt, worin zum Ausdruck kommt, daß bei der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens nicht nach den politischen polnischen und französischen Machtplänen entschieden wird, sondern daß, gestützt auf das Abstimmungsresultat, das für Deutschland nahezu eine Zweidrittelmehrheit ergeben hat und den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Deutschlands Rechnung tragend, das Industriegebiet als unteilbares Ganzes bei Deutschland belassen wird. In einer nicht auf Recht und Gerechtigkeit aufgebauten Entscheidung läge nicht nur ein Verlust gegen den Friedensvertrag, sie würde auch die unheilvollsten Erschütterungen der Republik bedeuten und schwerste wirtschaftliche Schäden für das arbeitende Volk Deutschlands heraufbeschwören.

DZ. Freiburg, 12. Okt. Im Verlauf der Kreisversammlung wurde u. a. über Kreisstraßen und Wege verhandelt. Neu eingedeckt wurden zusammen 14,8 Kilometer Kreisstraßen, der Aufwand für die Kreisstraßen belief sich auf 1.206.891 M., für die Kreiswege auf 1.022.936 M. Nach längerer Debatte wurde der Antrag, von der Versammlung angenommen. Auch der folgende Antrag, wonach die Kreisversammlung zu beschließen hatte, daß zur verläufigen Deckung des durch Lösung der mit der allgemeinen Armenpflege Basel getroffenen Stundungsvereinbarung entstehenden ungedeckten Saldoverluste eine entsprechende Kapitalaufnahme erfolgt, wurde unter dem Punkt Landarmenpflege angenommen. Zum Punkt Kreispflegeanstalt wurde bemerkt, daß die Zahl der Pflegenden von 507 auf 598 gestiegen ist. Durchschnittlicher Zusammenstand 297. Angenommen wurde der Antrag, die Überschreitung des Voranschlags mit 604.000 M. zu genehmigen und den Betriebsvoranschlag unter Vermittlung eines Kreisausschusses von 484.500 M., sowie die Deckung der durch Gebäudeverbesserungen und Reuanfassungen erwachsenen Ausgaben von 412.000 M. durch Kapitalaufnahme gutzuheißen, sowie

Dieses Wesenhafte der Geschichte liegt aber weder in der Wirtschaft, noch in der Staatsgeschichte. Wirtschaftssysteme werden geboren und sterben wieder, Völker blühen auf und vergehen. Aber das Bewußtsein der Individuen und der Völker geht nicht mit ihrem irdischen Tode zugrunde; im Bewußtsein der Menschheit lebt und wirkt es weiter. Die Städte und Dörfer, die Wohnstätten und Traxden, das Wirtschaften und die Staatengründungen der alten Griechen sind Staub geworden; Aeschylus und Plato sind nicht nur Vergangenes, sondern zugleich unmittelbare Gegenwart. Eine Reform des Geschichtsunterrichtes, die einer Vertinnerung unserer Schulmenschen dienen will, muß daher Geistesgeschichte in den Mittelpunkt des historischen Unterrichts stellen.

Dabei wird im Gegensatz zu der Meinung Klawers die Betrachtung der großen Persönlichkeiten eine entscheidend pädagogische Rolle spielen müssen. Nicht etwa, weil wir sie mit Carlyle und Nietzsche für die „aus sich selbst rollenden Räder der Weltgeschichte“ hielten. Wir wissen, daß auch der scheinbar schöpferische Mensch nur ein besonderes Medium der Kräfte ist, die in seiner Zeit lebendig sind. Wohl aber sind als Brennpunkt, in denen sich das innere Leben ihrer Zeit konzentriert, in denen groß und unbedingt das lebt und sich auswirkt, was dumpf und verschwommen in den Massen gärt, die großen Persönlichkeiten konkrete Exemplare des historischen Wesenhaften, die gerade eine pädagogisch eingestellte Geschichtsbetrachtung in den Vordergrund rücken muß. Es ist psychologisch grundfalsch, wenn Klawer behauptet, die Helldenverehrung sei „behaglicher Genuß eigener Faulheit im Denken und Handeln, eigener Charakterlosigkeit und Feigheit“. Vielmehr sind die Ausmaße des großen Menschen Ansporn des Strebens und der Forderung an uns selbst; leuchtendes Vorbild gerade für die Jugend, die des persönlichen Führerideals gar nicht zu entzraten vermag. Wenn man gar, wie Klawer es tut, auch eine ethische Schulung durch den Geschichtsunterricht für möglich und erzieherisch hält, dann ist es geradezu absurd, dies auf anderem Wege erreichen zu wollen, als durch eine Betrachtung des großen ethischen Weltmenschen und starken religiösen Charakters.

Den soziologischen Ausbau der Geschichte müssen wir zunächst noch der Wissenschaft überlassen, deren gegenwärtige Konstitutionen im Schulunterricht nur deren heillosen Altruismus erzeugen würde. Wichtiger ist es, durch Vergeistigung des Stoffes und der Betrachtungsweise den Geschichtsunterricht aus einer Sammlung von Altertumsstudien in eine lebenskräftige Kraftquelle zu verwandeln.

Die Verlegung der Frauenlogenabteilung und der Hauskapelle zu bewilligen und die Beschaffung des Bauaufwands von 122 000 M. durch Kapitalaufnahme.

Aus der Landeshauptstadt.

Schlussfeier der Karlsruher Herbstwoche 1921.

Es war ein guter Gedanke des Verkehrsvereins, die hinter uns liegende, sicher für viele Kreise in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht recht nützliche Karlsruher Herbstwoche mit einer offiziellen Schlussfeier zu Ende zu bringen. Der Festhallsaal war überfüllt, das Programm ein vielseitiges und die gebotenen Leistungen recht befriedigend. Auf dem turnerischen Gelände wurde sogar bei den Übungen am Sprungtisch und bei dem Kirturieren am Barren Hervorragendes geleistet. Mitwirkende waren hier: Turnabteilung des Karlsruher Arbeiterbildungsvereins, Karlsruher Turnverein 1846, sowie Karlsruher Männerturnverein. Auch die Freiübungen und der Mädchenreigen zeigten von guter turnerischer Schulung. Recht frisch und hell klangen die gesungenen Volkslieder des Schüler-Chors der städt. Volksschulen, die Herr Oberlehrer Lehner mit Ruhe und Takt sicher dirigierte.

Den eigentlichen Gehalt der Karlsruher Herbstwoche aber schaffte Herr Oberbürgermeister Baumbach mit seinem selbst verfassten und markig und eindringlich vorgetragenen Festspruch aus. Er fand prächtige, stimmungsvolle Worte für die tiefere Wertung eines solchen Unternehmens; seine Mahnung, trotz der Schwere der Zeit an uns selbst nicht zu verzweifeln und immer nach wirtschaftlicher Hebung unserer Stadt zu streben, dürfte gerade im Hinblick auf die durch die Teilung Oberschlesiens hervorgerufene allgemeine Bestürzung auf guten Boden gefallen sein. Das Orchester des Musikvereins Harmonie umrahmte das Ganze mit musikalischen Darbietungen, von denen besonders die Fantasia aus „Bajazzo“ eine wunderbare Klangwirkung auslöste.

Die Schlussfeier, zu der sich auch Staatspräsident Trunk und Frau sowie Oberbürgermeister Dr. Hinter eingefunden hatten, darf als gelungen betrachtet werden. Wir hoffen auch, daß die wirtschaftlichen Erwartungen der Karlsruher Geschäftsleute, die sich an die diesjährige Herbstwoche geknüpft haben, sich durchaus erfüllen werden.

Note Kreuz-Tagung.

DZ. Am zweiten Verhandlungstage wurde nach Referaten des Professors Straube-Bremen und der Frau Oberin v. Zimmermann-Leipzig ausführlich die Heilstättenfürsorge für tuberkulose Schwere besprochen. Mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte soll eine Vereinbarung angestrebt werden, wonach für Schwere vom Noten Kreuz in zwei Heilstätten, in denen Note Kreuz-Schwere den Pflegedienst haben, Heilplätze zur Verfügung stehen. Einem Neubau, wie auch dem Umbau eines bestehenden Mutterhauses, in eine Schwesterheilstätte, sehen mancherlei Schwierigkeiten entgegen. Reichsfinanzrat Westke vom Reichsfinanzhof zu München, vorbereitete sich über die Steuererleichterung und machte auf die Vergünstigungen aufmerksam, die für Vereine und Anstalten vom Noten-Kreuz durch entsprechende begründete Besuche erzielt werden können. In den Bereich der Erörterung gezogen wurde sodann die Institution der Hilfs- und Heilwerkstätten, worüber Frau Professor Köhler-Berlin berichtete. Schließlich teilte Frau Generaloberin von Horn-Raben und Frau Oberin Kübbert-Palstein i. A. ihre Erfahrungen über die Einstellung und Ausbildung von Hausärztinnen im Wirtschaftsbereich der Mutterhäuser mit.

Wann wird die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pf. berechnet und wann nicht?

Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pf. fällig, wenn der Anruf des Anrufenden mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist und diese oder eine davon angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet hat. Solange sich der gewünschte Teilnehmer noch nicht gemeldet hat, wird die Gebühr also nicht berechnet. Ist der Teilnehmer an eine Hauszentrale angeschlossen, z. B. innerhalb eines großen Geschäftshauses, und antwortet er hier auf Anruf seitens seiner eigenen Zentrale nicht, so ist die Gesprächsgebühr fällig, weil die Verbindung des Fernsprechamtes mit der Zentrale mit

Erfolg hergestellt worden war und die Zentrale in diesem Falle für das Fernsprechamt die Stelle des angerufenen Teilnehmers vertritt. Weibet sich ein angerufener Teilnehmer und stellt der Anrufende fest, daß es sich um eine falsche Verbindung handelt, so muß er seinem Amte durch das sogenannte Pladerzeichen (dreimaliges langsames Niederdrücken der beweglichen Gabel bei Tischgehäusen oder des beweglichen Hebel bei Wandgehäusen) zu erkennen geben, daß etwas bei ihm nicht in Ordnung sei und der Beamten den Sachverhalt zur Berichtigung der Gebührenliste mitteilen. Ebenso hat er sich bei Unterbrechungen oder sogenannten Doppelverbindungen zu verhalten. Die Behauptung, daß die falschen Verbindungen, die übrigens zur Hälfte durch Versehen der anrufenden Teilnehmer selbst herbeigeführt werden, seit dem 1. Oktober erheblich zugenommen hätten, ist unzutreffend. Nach den bei den Fernsprechämtern dauernd geführten Kontrollen nehmen die falschen Verbindungen im Gegenteil seit Benutzung der besonderen Zahlenansprache fortgesetzt ab. Auch die vorzeitigen Trennungen von Gesprächen werden weiter zurückgehen, weil das Fernsprechpersonal seit Einführung des Ortsgesprächsstarfs mit größerer Mühe arbeiten kann, indem viele überflüssige Gespräche (Wandereien und dergleichen) jetzt weggefallen sind und die Beamten deshalb die Verbindungen nicht mehr in so großer Hast wie unter der früheren Überlastung des Betriebes herzustellen brauchen. Die Anwendung des Pladerzeichens in den vorbeschriebenen Fällen ist unermesslich, wenn sich der anrufende Teilnehmer vor einer Mehranrechnung von Gesprächsgebühren schützen will. Denn die Beamten weiß von dem Bestehen einer falschen oder Doppelverbindung oder einer Unterbrechung nichts, weil sie wissenschaftlich nicht herbeigeführt hat und sie in den Fällen, wo ihr der rufende Teilnehmer eine falsche Nummer nennt oder wo ein vorübergehender Fehler im Vielfachsystem des Amtes eine Doppelverbindung hervorrief, hierfür überhaupt nichts kann. Auch im Ausland, wo, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und anderen Ländern, die mit dem Gesprächsstarf seit Jahr und Tag arbeiten, dergleichen Zwischenfälle ebenso eintreten, ist der Teilnehmer genötigt, dasselbe Mittel anzuwenden, weil es eine andere technische Lösung nicht gibt.

Die Ortsgesprächsgebühr wird nicht berechnet bei Verbindungen, die nicht zustandekommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht antwortet oder besetzt ist. Sie wird auch nicht berechnet, wenn die Verbindung aus anderen Gründen (Betriebsstörung, Sperrung, längere Abwesenheit des angerufenen Teilnehmers vom Ort) nicht hergestellt werden kann. Ebenso sind alle Anmeldeungen von Ferngesprächen, sowie Gespräche der Teilnehmer mit Betriebsstellen des Amtes (Einzugs-, Auskunfts-, Beschwerde- und Aufsichtsstellen) in Angelegenheiten des Fernsprechbetriebes nicht gebührenpflichtig.

Aus der Babisfelder Kunitzstraße. Der Leichen des Kupferstichkabinetts wird nunmehr nach seiner Ermordung am 13. Oktober an dem Publikum zugänglich gemacht und zwar: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 11-1 und 3-5 Uhr. Der Zugang befindet sich an der linken Seite der Hauptfront neben dem botanischen Garten eine Treppe hoch. Im Vestibül findet man die Kunstbibliothek, Buch- und Wappensammlung und Kunstzeitschriften. Aus Anlaß der Platinjubiläumfeier findet man zur Zeit alle diejenigen Photographien plastischer Werke, die aus Keimzellen nicht untergebracht werden konnten. Alles dies kann zu der angegebenen Zeit unentgeltlich besichtigt und studiert werden.

DZ. Vor dem Schwurgericht. Unter der schweren Anklage des Mordes hatte sich gestern die 25 Jahre alte Ehefrau des hiesigen Maschinenarbeiters Konstantin Kösch, Julie Kösch, geb. Haus, vor dem Schwurgericht zu verantworten. In der Nacht vom 28./29. Juli d. J. hörte man im Hause Uhlstraße 18 Silberstraße. Es stellte sich heraus, daß die Kösch ihren schlafenden Mann überfallen und ihn mit einem Radmesser mehrere Schläge auf Kopf und Hals versetzt hatte, die glücklicherweise nicht lebensgefährlich waren. Die Angeklagte gibt die Tat zu, bekennt aber, daß sie den Mann töten wollte. Die Ehe war keine glückliche. Während der Gatte von allen Zeugen als braver fleißiger Mensch geschildert wurde, erhielt die Frau, die zudem Mutter von zwei Kindern ist, das denkbar schlechteste Zeugnis aus in bezug auf die eheliche Treue. Sie behauptete, daß ihr der Mann an jenem Abend Beleidigungen an den Kopf geworfen habe, wodurch sie sich zu der Tat hinreißen ließ. Sonst will sie sich an nichts mehr erinnern können.

Bekanntschaft aus dem musikalischen Schaffen der Gegenwart vermittelt haben.

Klavierabend Lambrino.

Professor Lélémaque Lambrino, der hervorragende Leipziger Pianist, mußte am Dienstagabend in der CINTRACH sein Konzert vor einem halbleeren Saal absolvieren. Ein höchst erwidelter Eindruck. Aber der Künstler ließ sich dadurch nicht abhalten, sein umfangreiches Programm mit ganzer Hingabe durchzuführen. Der Abend war ausschließlich Robert Schumann gewidmet, aus dessen reichem Schatz der Künstler, von der großen, leidenschaftlichen C-dur-Fantasia abgesehen, eine ganze Reihe jener kleinen entzückenden Klavierstücke gewählt hat, in denen Schumann so groß ist. In diese süße, romantische Welt hat sich Lambrino mit so innigem Verständnis hineingefunden, daß es ein Genuß war, diese lieblichen Klangbilder unter seinen meisterhaft schaltierenden Händen entstehen zu sehen. Reizende Postillbilder wurden die Kinderstimmen, die man schon so oft gehört hat, die man aber selten in so delikater Ausführung, in so garten Farben und so fein pointiert hören wird. Oder die Fantasiestücke, die des Tonbilders tiefstes Seelenleben widerspiegeln. Mit wachsender, immerer Anteilnahme mußte der Künstler diese prächtigen Skizzen zu besetzen! In den symphonischen Studien ein gewaltiges Ringen nach Größe, nach Befreiung von den inneren Fesseln, die den Menschen an freier Entfaltung hindern. Von der großen C-dur-Fantasia gelang dem Künstler besonders, neben dem energischen Zwischensatz, der wunderbar getragene Schlusssatz. Der brillante Anschlagsmechaniker Lambrino war es vorbehalten, den ganzen romantischen Zauber dieses Satzes, eine der glücklichsten Eingebungen Schumanns, zu entbinden. Der Füllsel sang bald in silberhellen, bald in celadunklen, geheimnisvoll verhauchenden Tönen. Wir freuen uns, dem sympathischen Künstler aus dieses Jahr auf der gewohnten Höhe seines ausgereiften Könnens wiederbegegnet zu sein und hoffen, daß ihm sein nächstes Konzert einen vollen Saal bringen wird. Der Beifall der kleinen Zuhörerschaft war stürzend und herzlich.

Landestheater. In der Neueinstudierung von Meyerbeers „Prophet“ am nächsten Sonntag singt Willy Jilken erstmals die Titelpartie, die Fides wird von Paula Weber dargestellt. In den übrigen Hauptrollen sind Ede Stecher, Rudolf Kallmotta, Hans Duffard, Alfred Glaz und Karl Wiesen beschäftigt.

neu. Die Untersuchung ihres Geisteszustandes ergab keinen Anhaltspunkt dafür, daß zur kritischen Zeit die freie Willensbestimmung bei der Angeklagten ausgeschlossen war. In die Geschworenen wurden Fragen nach Mordversuch, Totschlagversuch und gefährlicher Körperverletzung gestellt, die beiden letzteren auf Antrag des Verteidigers. Die Verhandlung brachte interessante Auseinandersetzungen des Staatsanwaltes und des Verteidigers über die möglichen Motive der Tat, worüber die Angeklagte selbst keinen Aufschluß gab. Während sich die Anklage darauf stützte, daß die Kösch ihren Mann loswerden wollte, weil das Zusammenleben mit ihm ihr unerträglich schien, stellte sich die Verteidigung auf den Standpunkt, daß man es hier mit einem psychologischen Rätsel zu tun habe und die Tat nur aus der Brut heraus erklärt werden könne, die die Angeklagte gegen den um 14 Jahre älteren Mann hegte. Die Geschworenen gelangten nach längerer Beratung zur Verurteilung der Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Das Urteil lautete demgemäß auf 2 Jahre Gefängnis. In der Begründung wurde der Angeklagten zugestanden, daß sie offenbar in großer Erregung gehandelt hat, andererseits aber wurde festgestellt, daß die Tat feige und hinterlistig war.

Kommunalpolit. Rundschau.

„Nachsteuer“.

In der „Zf. Bg.“ lesen wir folgendes:

Eine neue Gemeindesteuer, eine „Nachsteuer“, hat der Reichsrat Dr. Kopp der Stuttgarter Stadtverwaltung vorgelegt. Gäste, die über die festgesetzte Polzeistunde hinaus in Wirtschaften, Kaffees usw. verweilen, sollen pro Person für die erste Stunde über die allgemeine Polzeistunde 5 M., für die zweite 8 und für jede weitere 10 M. bezahlen. Angesehene „Steuerstunden“ werden voll berechnet. Bei Versammlungen geschlossener Vereinigungen und Hochzeiten ist Befreiung vorgesehen. Bleiben Gäste ohne die erforderliche polizeiliche Erlaubnis über die Polzeistunde hinaus, so sollen sich die Steuererläge verdoppeln. Die Steuer soll durch Lösung von Steuermarken entrichtet werden, die der Wirt seinen treuesten Gästen zu verabsorgen hat. Die Gäste hatten neben dem Lokalhaber als Gesamtschuldner für die Steuer. Sie sind zur sofortigen Erstattung des Steuerbetrages an den Lokalhaber verpflichtet. In die Gemütslichkeit der langen Sitzungen wird mit rauher Hand eingegriffen, und gerade in den Stunden, wo die irdischen Sorgen zu verfliegen beginnen, sollen die Gäste durch Steuerleistung mit drohender Solidarhaftung jede Stunde aufs neue aufgegriffen werden. Diese Gefährdung der öffentlichen Ruhe werden die Wäiter der Stadt Stuttgart, von denen sich mancher manchmal weit über die Mitternachtstunde hinaus um das Wohl der Stadt absorgt, sich noch recht reichlich zu überlegen haben, am besten in eingehenden Besprechungen mit sachkundigen Mitbürgern — wenns sein muß, auch ohne Rücksicht auf die Polzeistunde.

Die Redaktion des genannten Blattes meint dazu in Parenthese: (Die Gelegenheit hat auch ihre sehr ernste Seite. Sie zeigt, zu welchen Hilfsmitteln die Gemeinden greifen, um Deckung für ihre Ausgaben zu finden und wie dringend notwendig es wird, bei einer Neuordnung der Finanzen im Reich auch eine klare Abgrenzung der Besteuerungsrechte von Staat und Gemeinden vorzunehmen. Im übrigen: Der Gedanke einer Sonderbesteuerung der „Goder“ von einer bestimmten vorgeordneten Abendstunde an ist nicht ganz neu; in Stuttgart soll er nun verwirklicht werden. Die Steuer hat weniger Droschen an sich als manche andere, zu der die Gemeinden in ihrer Finanznot sich genötigt sehen.)

Freie Aussprache.

(Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgetrennten Rubrik kochendstehe Darlegungen und Anregungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.)

Rathenau.

Von Chefredakteur A. Becker, Badolfszell.

Eine Wendung zum Besseren in der deutschen Politik knüpft sich an den Namen Rathenau. Rathenau ist als Schöpfer einer Reihe philosophischer Werke bekannt. Nicht als ob er Philosoph von Beruf wäre, Rathenau ist, wie es Erzberger war, in der praktischen Arbeit zu Hause. Als Vorstand der A. G. S. war er einer der führenden Köpfe des deutschen Unternehmertums, aber der Geist der Philosophie steckt ihm, wie so vielen seiner Volks- und Stammesgenossen im Blut. Rathenau ist Jude und das hat einer Sorte quersüßiger Menschen, deren Heiratsgesuche gewöhnlich so anfangen: „Gott aus acht deutscher Familie sucht mit fräulein arischen Geblüts, blondhaar, blauaugen“ usw., den Gedanken eingefloßt, das Deutschtum sei in Gefahr, weil ein Jude ins Ministerium berufen worden sei. Mit dem Deutschtum wäre es dann wirklich nicht weit her.

In den ersten Monaten nach dem Krieg, als alles, die Franzosen am meisten, den Kopf verloren hatte, ging eines Tages die Nachricht durch die Presse, Rathenau sei auf der Auslieferungsliste. Was Wahres daran war, ist eigentlich nie bekannt geworden. Rathenau war es, der als erster mit genialem Weitblick eine Organisation zum Ersatz fehlender Rohstoffe ins Leben gerufen hat. Für einen Augenblick blühte im Gehirn des seltenen Mannes der Plan auf — es war in den Stunden unserer tiefsten Bedenkmüdigkeit —, den Apparat des Reiches stillstehen zu lassen und seine Verwaltung den Feindstaaten zu übergeben. Aber den Kaiser hat er eine kleine Broschüre geschrieben, deren geringe Seitenzahl in einem selten glücklichen Mißverhältnis zur Güte des Inhalts steht. Eines der ganz wenigen schriftstellerischen Erzeugnisse der Revolutionszeit, die bleiben werden.

Rathenau ist ein Mann von europäischer Bedeutung geworden. Seine Berufung ins Kabinett Wirth hat diesem ein Großteil seiner Erfolge gesichert. Bei Rathenau gehen — wie früher bei Erzberger — die führenden Persönlichkeiten Europas aus und ein. Wertvoll ist es zu erfahren, daß die aufsehenerregende Rede Winston Churchills von Rathenau inspiriert war. Sein größtes Werk aber hat er durch die persönliche Fühlungnahme mit dem französischen Weberaufbauminister Loucheur getan. Der Tag der ersten Zusammenkunft Loucheurs mit Rathenau hat die Wendung zum Besseren gebracht.

Rathenau ist ein Mann von ganz ungewöhnlicher Begabung. Eine geistige Kraft, wie die seine, setzt sich immer durch. Aber seine Begabung ist keine rohe Kraft, Rathenau ist einer der wenigen Vertreter europäischen Ausmaßes, die uns das alte, einseitig auf den preußischen Staatsgedanken hingeeordnete alte Reich geschenkt hat. Rathenau ist, wenn nicht der erste, so doch der vermöge seiner Begabung erfolgreichste deutsche Politiker auf dem von Dr. Wirth eingeschlagenen Weg, die Lösung der internationalen Spannung durch persönliche Fühlungnahme mit den leitenden Persönlichkeiten der Weltmächte

Konzert Margarete Schweikert und Elisabeth Moritz.

Die beiden bekannten Karlsruher Künstlerinnen, Fräulein Margarete Schweikert (Violine) und Fräulein Elisabeth Moritz (Klavier), deren gemeinschaftlich veranstaltetes Konzert im CINTRACH am Montag nur einen schwachen Beifall gefunden hatte, müssen sich mit dem Gedanken trösten, daß der Prophet in seinem Vaterland nichts gilt. Wir haben den Entwicklungsgang der beiden Künstlerinnen in den letzten Jahren mit Interesse verfolgt und haben die erfreuliche Feststellung machen können, daß beide mit großer Energie an der Ausbildung ihres technischen Könnens gearbeitet haben. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Sie besitzen heute beide eine Reife des Spiels, die ihnen erlaubt, an die schwierigsten Aufgaben heranzutreten. Fräulein Moritz trat die Dramatischen Variationen und Fuge über ein Thema von Gändel, op. 24, in einringlicher, fesselnder Darstellung vor. Die einzelnen Variationen boten ihr Gelegenheit, ein reich nuanciertes Spiel zu entfalten, während sie die Fuge kraftvoll und plastisch gestaltete. Fräulein Schweikert hatte sich zur Einleitung des Abends Mag. Regers Sonate für Violine allein, op. 91 Nr. 4 in h-moll, gewählt. Die Komposition trägt in ihrer frostigen, spröden Thematik wenig verbundene Kraft, sie ist zwar rein konstruktiv mit zwingender Folgerichtigkeit entwickelt, wendet sich aber mehr an den Geist als an Herz und Gemüt. Eine erfreuliche Überraschung wurde jedoch der Vortrag der D-dur-Sonate für Violine und Klavier, op. 22, von Gwald Straßer, der für Karlsruhe eine ganzlich unbekannte Größe ist. Aber nach dieser ersten Probe darf man sagen, Straßer verdient, in den weitesten musikalischen Kreisen bekannt und gepflegt zu werden. Er ist eine vollblütige Musikernatur, in dem jungen, frischen, warmen Leben pulst. Es ist ein Musizieren aus Übervollem, lauzendenden Herzen heraus. Lebenskräftige Themen sind in meisterhafter Saitentechnik zu farbenreichen Bildern verarbeitet. Ein romantischer, betörender Zauber steigt aus diesen Klängen und nimmt den Hörer gefangen. Alles ist unmittelbar empfindbar und in einer eigenen, prächtigen Sprache zum Ausdruck gebracht. Ein heißer, leidenschaftlicher Atem durchweicht die vier Sätze, die, aus einer einheitlichen Stimmung heraus gebildet, sich zu einem harmonischen Ganzen fügen. Die schöne Tonbildung wurde von den beiden Damen in ganz ausgezeichneter Weise interpretiert, temperamentvoll, innig und packend im Ausdruck, mit rauschender Klangpracht. Der lebhafteste, herzlichste Beifall war wohl verdient. Es ist höchst dankenswert, daß uns die Damen eine so erfreuliche

Herbeizuputten. Er hat die Romantik der stillen Orientierung, die uns genug geschadet hat, nicht mitgemacht. Den gleichen nüchternen Kopf verrät der Kerngedanke seines Wiederaufbauplanes: Umwandlung der Goldleistungen in Sachleistungen. Welche Umwandlung seit einem halben Jahr, das ein deutscher Minister in öffentlicher Rede es wagen darf, Frankreich auf die Unhaltbarkeit eines wirtschaftlichen Zustandes hinzuweisen, den es seit Jahrzehnten wie einen frommen Glauben ins Herz geschlossen hat.

Und warum darf Rathenau das wagen? Weil er die Verbindung mit Frankreich will, weil

ihm ein Fundus jener schöpferischen deutschen Begabung ist, auf die die Welt wartet, und ohne die das Wiederaufbauproblem nicht gelöst werden kann. Wer Rathenau und seine Werke auch nur flüchtig studiert hat, ist sich sofort klar darüber geworden, daß in ihm nicht nur ein Industrieller und Ingenieur, sondern auch ein Organisator im besten Sinne des Wortes steckt und daß er gleichzeitig zu den Idealisten unter den Industriellen zu zählen ist. Deshalb hatte er auch auf der Tagung des Reichverbandes der deutschen Industrie in München einen nicht ganz leichten Standpunkt nicht allein wegen der außerordentlich schwierigen Materie, die er als verantwortlicher Wiederaufbauminister zu vertreten hatte, sondern vor allem auch deshalb, weil die Gegnerschaft gegen ihn gerade in industriellen Kreisen groß ist. Wird er doch seit Monaten mit einer geradezu ungläublichen Wohheit fast täglich durch den Schmutz der liierten schmerindustriell-alledeutschen Presse gezogen.

Rathenau hat in seiner vor kurzem gehaltenen Münchener Rede auf die Dissonanz in unserer augenblicklichen Weltwirtschaftspolitik hingewiesen. Obwohl der weltwirtschaftliche Fortschritt gegenseitige Verpflichtung des Weltverkehrs und der Weltwirtschaft fordert, haben wir jetzt geschlossene Sonderwirtschaften, von denen einige bereits vollständig zusammengebrochen sind und die gesunden Glieder der Weltwirtschaft gefährden. Rathenau kommt u. a. auch auf die Finanzierungsform der deutschen Währungsfrage zu sprechen, von der er sich keinen Erfolg verspricht. Was er über die Bewertung dieser Währungsfrage durch holländische Geschäftsleute sagt, dürfte in London und Paris kaum ungemischte Freude erregen. Aber es dürfte schwer sein, diesen holländischen Fachleuten politische Boreingenommenheit nachzuweisen. Hier reden Kaufleute von einer technischen Unmöglichkeit, bei der auch der beste Wille nichts nützt. Das gesamte Finanzproblem, soweit es die Wiedergutmachungsfrage berührt, ist überhaupt in erster Linie ein technisches und dann erst ein politisches.

Bei seinem Referat über den gegenwärtigen Stand des Wiederaufbauproblems ist zu beachten, daß unsere Beziehungen zu Frankreich noch sehr zu wünschen übrig lassen und die Verhandlungen deshalb besonders schwierig sind. Deshalb ist es schon ein Erfolg, daß die Verhandlungen überhaupt praktische

Ergebnisse erzielt haben. Rathenau deutet einige Hauptschwierigkeiten an, so das Problem des Erfasses der Goldleistungen durch Sachleistungen. Die Erfüllung der Milliardenforderung am 1. September hat gezeigt, wie unendlich schwer für uns die Bezahlung in Gold ist. Unter den Folgen ist unsere Valuta neuerdings zusammengebrochen. Deshalb hat der Minister sich ein großes Verdienst erworben, daß er unter allen Umständen darauf hinarbeitet, die Goldleistungen in Sachleistungen umzuwandeln. Der Umfang der gesamten Leistungen ist vorerst auf einen Maximalbetrag von 7 Milliarden Goldmark, die Dauer der Lieferungen auf 4 1/2 Jahre festgesetzt. Demnach ist es notwendig, fast zwei Milliarden Goldmark jährlich für diese Zwecke aufzubringen.

Die Bekämpfung der Reparationsgewinne, die sich Rathenau zur Aufgabe gemacht hat, wird sicherlich die größten Schwierigkeiten bieten. Ein Erfolg ist nicht zu erwarten, wenn Rathenau nicht gleichzeitig die uneigennütige Unterstützung der Interessenten findet. Die Zeit der Kriegsgewinne, die so verheerenden Wirkungen auf die gesamte wirtschaftliche Kriegsführung gezeitigt hat, darf nicht wiederkehren.

Geschäftliches.

Ein guter Rat für die Hausfrau Koch keinen Bohnenkaffee, keine Gerste, keinen Malz mehr, ohne Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz. Warum? — weil das Haushaltungsgeld dann wieder ein gutes Stück weiterlangt. Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz löst Bohnen- und Gerstenkaffee viel länger reichen, läßt ihre Grundstoffe viel günstiger herausziehen und überdies wird dann noch ein jeder loben, wieviel besser der Kaffee schmeckt. Jeder Versuch zeigt aufs neue wieder, daß alle den Bohnen- oder Gerstenkaffee viel lieber trinken, wenn Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz darin ist. — Er bekommt auch besser

Staatsanzeiger.

Die Prüfung für den Revisionsdienst der inneren Verwaltung betr.

Am Montag, den 21. November 1921, vormittags 8 Uhr, wird eine Prüfung der Bewerber für den Revisionsdienst der inneren Verwaltung beginnen.

Dies wird unter Hinweis auf § 3 unserer Verordnung vom 29. März 1892 (Ges. und Verordnungsblatt S. 108) bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1921.
Ministerium des Innern
Der Ministerialdirektor:
Arnold.

Die Errichtung einer Kirchengemeinde St. Bernhard in Baden-Baden betr.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat entsprechend der vom Staatsministerium mit Entschließung vom 13. August 1921 Nr. 16465 erteilten staatlichen Genehmigung unterm 14. September 1921 Nr. 10301 (Anzeigebblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 22 vom 5. Oktober 1921) die Katholiken, die auf den Gemarkungen Doss und Baden innerhalb der unten näher bezeichneten Grenzen wohnen, unbefehlet ihrer Zugehörigkeit zu den katholischen Pfarrverbänden Doss und Baden-Baden und zu der aus diesen abgeordneten St. Bernhardskuratie, zu einer besonderen katholischen Kirchengemeinde St. Bernhard Baden-Baden vereinigt.

Die Grenze der neuen Kirchengemeinde verläuft im Osten entlang der Aze der Balsee- und der Karlsstraße, bis die Verlängerung der letzteren nach Norden zu auf die Gemarkungsgrenze von Ebersteinburg trifft, zieht von hier mit den Gemarkungsgrenzen von Ebersteinburg und hernach von Balg zusammenlaufend erst in westlicher, dann in nordwestlicher Richtung, bis sie die Kreisstraße von Balg berührt, wendet sich von diesem Berührungspunkt nach Süden, entlang der Aze der Balger Kreisstraße und dann des Verbindungsweges über die Bahn bis zur Einzelterstraße, zieht auf der Aze der Einzelterstraße nach Osten bis zur nördlichen Spitze des Gemeindevelds von Doss, von hier bildet die Grenze nach Westen der Weg zwischen diesem Wald und dem Schneizrothmatten, bis er auf den Stadtwald von Baden stößt, von hier läuft die südliche Grenze entlang der Grenze zwischen dem Stadtwald und dem Gemeindeveld Doss, bis diese die Balsee-straße schneidet.

Karlsruhe, den 7. Oktober 1921.
Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Der Ministerialdirektor:
J. B. Dr. Huber. Baumgart.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Ernannt:

Unterrichtsrat Adolf Keiler an der Realschule Karlsruhe zum Lehrlehrer an dieser Anstalt;
die außerplanmäßigen Pfleger Peter Heilig und Hermann Reimer an der psychiatrischen und Nervenklinik in Freiburg zu planmäßigen Pflegern daselbst.

Amtliche Bekanntmachung.

Tagessordnung zu der am Dienstag, den 18. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden **Bezirksratsitzung.** Öffentliche Sitzung. Verwaltungssachen.

1. Gesuch des Ludwig Wagner hier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession von Rheinstraße 15 „zum Stöcken“ nach Kronenstr. 41, Schanzwirtschaft mit Branntweinschank „zum goldenen Engel“ hier.
2. Gesuch des Peter Rothberger hier um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zur Krone“ in dem Hause Rängestraße 1 hier.
3. Gesuch der Josef Grubmüller Eheleute hier um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zur Krone“ in dem Hause Rheinstraße 77 hier.
4. Gesuch der Firma G. L. Sidingen hier um Erlaubnis zum Kleinverkauf von Spirituosen in ihrem Ladengeschäft in dem Hause Marienstraße 35 hier.
5. Gesuch des Kasimir Karowski hier um Erlaubnis zum Betrieb einer Schanzwirtschaft mit Branntweinschank auf Gut Wappenhof.
6. Gesuch des Johann Wiedmann hier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession von Kronenstr. 41 „zum goldenen Engel“ nach Kronenstr. 44 „zum Kronenfels“, Schanzwirtschaft mit Branntweinschank.
7. Gesuch der Frau Käthe Guggolz hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schanzwirtschaft mit Branntweinschank „zur goldenen Gerste“ in dem Hause Kowatschstraße 1 hier.
8. Gesuch des August Gemündins hier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession von Eofienstraße 81 „zur frühlichen Wfala“ nach Belfortstraße 15 „zur Germania“, Schanzwirtschaft mit Branntweinschank.
9. Gesuch des Daniel Waijer hier um Erlaubnis zur Lagerung von Lumpen im Anwesen Sedanstraße 15 hier.
10. Die Erhöhung des Wfingitales an der unteren Mühle bei Graben betr.

Die Akten liegen drei Tage vor dem Sitzungstage in der Kanzlei des Bezirksamts zur Kenntnisnahme auf.
Karlsruhe, den 12. Oktober 1921. D. 3. 150
Bad. Bezirksamt.

Freitag, den 14. Oktober 1921.

Landestheater.
7 bis geg. 10 Uhr M. 20.—
Th.-Gem. B.V.B.
Nr. 401—700

Konzerthaus.
7 bis 10 Uhr
Volksbühne B I
Zum ersten Mal:
Rose Bernd
Schauspiel in 5 Akten v. Gerhart Hauptmann.

Hotel - Wein - Restaurant
Wiener Hof Fasanenstr. 6
Besitzer: Emil Späth, Heidelberg
TREFFPUNKT DER HEIDELBERGER
Stammtisch R. 695
jeden Mittwoch und Samstag, abends 8 Uhr
Anerkannt vorzügliche Küche Prima Weine

VON **VERSAILLES** BIS **LONDON**
VON **DR. E. KRAUS**
Umfang 8 Bogen Preis Mk. 18.—

Motto:
Erst halten die Fürsten das Volk so dumm, damit es sich nicht selbst regieren kann und dann sagen sie, das Volk sei so dumm, um sich selbst regieren zu können. Kant.

Inhaltsverzeichnis:
Voraussetzungen der modernen Außenpolitik. / Der Friedensvertrag von Versailles und die deutsche Politik. / Die Konferenz von Spa. Vorbemerkungen und Ergebnis. / Das Ergebnis von Spa in den europäischen Parlamenten. Reichstag und Reichswirtschaftsamt. Spa vor dem französischen und vor dem englischen Parlament. Zusammenfassung und Wertung. / Das Völkerbundproblem. Deutsche Politik. Welpolitik. / Die Finanzkonferenz von Brüssel. / Der Kampf um die Wiedergutmachung. Von Versailles bis London. Die Konferenz von London und das Ultimatum des Obersten Rates. Von London bis Wiesbaden. / Rückblick und Ausblick.

Dies Buch ist aus der Berufsarbeit des Politikers herausgewachsen. Es will versuchen, den wichtigsten Abschnitt der auswärtigen Politik Deutschlands allgemeinem Verständnis näher zu bringen und zeigen, daß Friedensvertrag, Wiedergutmachung, Völkerbund, der Wiederaufbau Europas usw. nur dann zu verstehen sind, wenn man die politischen Vorgänge vor und während des Krieges mit in Zusammenhang stellt, die politische Vorgesichte der einzelnen Staaten heranzieht und daraus den zweckmäßigsten Weg praktischer Politik zu finden sucht.

Mögen recht viele aus diesem Buch die Anregung gewinnen, sich eingehend und gründlich mit der auswärtigen Politik zu befassen, um die großen Gegenwartsfragen nüchtern und unvoreingenommen vom Standpunkt pazifistischer Völkerbundspolitik zu sehen, möge insbesondere die Arbeiterschaft lernen, von unfruchtbarer Opposition zur Realpolitik, zur Mitarbeit am Staate emporzuwachsen.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.
Karlriedrichstraße 14.

Bekanntmachung.
P. 327. Forzheim. Die Entmündigung des Landwirts und Drechers Karl Kaufmann und seiner Ehefrau Genuvefa geb. Brenl, beide in Wiflingen, wegen Trunksucht, wurde vom Amtsgericht A. 1 hier heute aufgehoben.
Forzheim, 30. Sept. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 1.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
P. 326.2.1 Karlsruhe. Der Kaufmann Emil Schmidt in Karlsruhe, Durlocher-

allee 43, klagt gegen den Erich Christian Albert Richtigan, früher in Karlsruhe, jetzt unbekannt wo, unter der Behauptung, daß Beklagter ihm in seiner Wohnung eine ihm gehörige Pistole und ein ihm gehöriges Zeißglas im Gesamtwerte von 3000 M. entwendet habe, mit dem Antrage:
Der Beklagte wird beurteilt, an den Kläger den Betrag von 3000 M. — dreitausend Mark — nebst 4 Prozent Zinsen hieraus seit Klagezustel-

lung zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Das Urteil sei evtl. gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Badische Amtsgericht in Karlsruhe A. 4, Zimmer 181 auf
Dienstag, 6. Dezbr. 1921, vormittags 9 Uhr, geladen.
Karlsruhe, 4. Okt. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A. 4.

Bei der Stadt Forzheim ist die Stelle eines **Stadtierarztes** im Schlachthof neu zu besetzen. R. 692

Bewerber mit Staatsprüfung u. längerer Praxis wollen Gesuche unter Angabe der Gehaltsansprüche und Beifügung von Lebenslauf und Zeugnis spätestens bis 23. Oktober 1921 an den Stadtrat einreichen.

Hochbauarbeiten für 2 neue Wohngebäude in Hausach nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: Glaser, Schreiner, Schloffer, Installateur, Anstreicher- und Tapezierarbeiten. Zeichnungen, Bedingnisheft und Arbeitsbeschriebe liegen in den Geschäftsräumen der Hochbauinspektorei III Karlsruhe Kriegsstraße 3, 3. Stock zur Einsicht auf; dort auch Abgabe der Vorstudie. Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift längstens bis Donnerstag, den 20. Oktober 1921, vormittags 11 Uhr, an die Bauinspektion I Karlsruhe neuer Personenbahnhof, einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. S. 272 Karlsruhe, 7. Okt. 1921. Bauinspektion I.

Tarifserhöhung.
Vorbehaltslich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde werden auf unseren Nebenbahnen Albtalbahn, Bruchsal-Gilsbach-Wengingen, Wüher, Talbahn, Redarbschloßheim-Hüfinghardt und Wiesloch-Meddesheim-Waldangelloch Tarifserhöhungen im Personen- und Gepäckverkehr zum 1. Dezember 1921 u. im Güter-, Tier-, Milch- und Erzeugnisverkehr zum 1. November 1921 durchgeführt. R. 693
Auskunft erteilen die unterzeichnete Stelle und 8 Tage vor der Durchführung die Stationen.
Karlsruhe, 8. Okt. 1921.
Börsische
Kofal-Eisenbahnen A.-G.

Die Entwässerungsarbeiten zur Erweiterung des Maschinenhauses im Personenbahnhof hier nach Finanzministerialverordnung vom 3. Jan. 1907 zu vergeben. Pläne und Bedingnisheft bei Hochbauinspektorei I hier, 2. Stock der neuer Eilguthalle, Zimmer 82. Dort Angebotsbordrucke erheben. Die auf Einzel- und Gesamtpreise zu stellenden Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Entwässerung-Maschinenhaus“ versehen, spätestens bis Montag, den 17. Oktober d. J., vorm. 9 Uhr, bei uns einzureichen. Den Angeboten ist eine genaue Preisangabe beizugeben. Zuschlagsfrist 4 Wochen. S. 273 Karlsruhe, 7. Okt. 1921. Bauinspektion I.

Badischer Gütertarif.
Mit Genehmigung der Landesaußsichtsbehörde wird gemäß § 80 (3) E.B. O. mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres das Wagenstandgeld für die ersten 24 Stunden auf 100 M., für die zweiten 24 Stunden auf 150 M., für jede weiteren 24 Stunden auf 250 M. erhöht. Die für d. Postabfindungen aus Frankreich festgesetzten höheren Standgeldsätze u. die Standgeldsätze in Frankenwährung werden hierdurch nicht berührt. R. 335
Eisenbahn-Generaldirektion.